Nummer 200

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 200 Mk. 68. Jahrgang Dienstag, 1. Mai 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BÜLOWSTR. 55-56 GRUNDSTÜCKE

BIBLIOTHEK DER HANDELSKAMMER LEIPZIG

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Ziehungslisten der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt u. Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Unverl. eingel. Manuskr. ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Telegr.-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskr. übern. der Verlag keine Verantwortung

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Anzeigen-Preis: Die 12gespalt. Zeile 1500 Mk., Reklameteil 6000 Mk., Stellungsuchende 500 Mk. Bezugs-Preis freibleibend: für Monat April 9000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen werden bei sämtlichen Zeitungsspediteuren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Für das Ausland ist der Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, ferner für Österreich-Ungarn 45000 Mark und Polen 48 000 Mark. Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, ferner für Österreich-Ungarn 45000 Mark und Polen 48 000 Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Am Vorabend der deutschen Noten.

Die Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler wird, wie wir hören, morgen vormittag stattfinden. Die Ministerpräsidenten und die Staatspräsidenten der Länder werden morgen mittag Gäste des Reichspräsidenten sein. Am Nachmittag um 3 Uhr werden dann die Verhandlungen beginnen. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wird dann die Note an die deutschen Vertreter in Paris, Rom, Brüssel und London übermittelt und den alliierten Regierungen im Laufe des Mittwoch überreicht werden. Gleichzeitig wird die deutsche Note der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Fest in der Abwehr.

eca Bochum, 30. April.

Eine Konferenz des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände des Ruhrgebietes nahm eine Entschließung an, in der erklärt wird, daß mit einer Aufgabe des passiven Widerstandes erst dann gerechnet werden könne, wenn eine für das deutsche Volk annehmbare Lösung der Reparationsfrage gefunden sei. Von der Regierung erwarte man, daß sie jede Gelegenheit benutze, um zu Verhandlungen und zu einer Vereinbarung zu kommen, die selbstverständlich die Existenz des deutschen Volkes gewährleisten müsse. Alle Bestrebungen, die eine Beeinträchtigung der staatlichen Hoheitsverhältnisse, wie sie im Friedensvertrag festgelegt seien, bedeuten, würden mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die in der Konferenz vertretene Arbeitnehmerschaft lehne es nach wie vor ab, unter dem Druck französischer Bajonette zu arbeiten. Solange fremde Truppen im Ruhrgebiet stehen, könne von der praktischen Erfüllung der übernommenen Reparationsverpflichtungen keine Rede sein.

Der französisch-belgische „Plan".

EE Paris, 30. April.

Poincaré empfing heute morgen den Präsidenten der Reparationskommission, Louis Barthou. Wie wir erfahren, sind die Besprechungen zwischen Barthou und Delacroix bereits zum Abschluß gelangt, und das gemeinsame Projekt zur Lösung der Reparationsfrage ist ausgearbeitet. An eine Veröffentlichung ist aber, wie es heißt, im Augenblick nicht zu denken.

Poincaré behält sich „Bewegungsfreiheit" im Saargebiet vor.

Eine „Rüge" für den Völkerbund.

Paris, 30. April.

Wie „Echo de Paris" mitteilt, hat Ministerpräsident Poincaré sich gestern von dem Vorsitzenden der Regierungskommission im Saargebiet, Rault, über die Genfer Verhandlungen Bericht erstatten lassen. Für den Augenblick, fügt das Blatt hinzu, habe die Regierungskommission Handlungsfreiheit und sie werde von ihr nach besten Kräften Gebrauch machen, um die „Kreisvereine der Altdeutschen und der Berliner Agenten" zu unterdrücken. Das enge Zusammenhalten des französischen, des belgischen und des italienischen Kommissars ließen die Annahme berechtigt erscheinen, daß alle erforderlichen Maßnahmen getroffen würden. Die Pflicht der Regierungskommission sei völlig klar, es stehe dem Völkerbund nicht zu, sie an der Erfüllung ihrer Mission aber auch nur in ihren Bewegungen zu hindern. Wenn ihr die Bestimmungen des Friedensvertrages in diesem Punkte so wenig bekannt wären, hätte die französische Regierung die Pflicht, selbst über die Wahrung der ihr zuerkannten Rechte zu wachen.

*

Anmerkung des W. T. B.: Diese offensichtlich inspirierten Bemerkungen des „Echo de Paris", daß der Völkerbund seinen eigenen Organ, der Regierungskommission in Saarbrücken, im letzten Grunde garnichts zu sagen habe, und daß Frankreich, wenn es ihm gut dünke, im Saargebiet zur Selbsthilfe schreiten werde, können wir nur als äußerst wertvolles Eingeständnis buchen. Der Völkerbundsbeauftragte Rault zieht aus Genf, wo nicht alles nach seinem Willen gegangen ist, nach Paris und holt sich gehorsam weitere Instruktionen von Herrn Poincaré. So sieht die treuhänderische Verwaltung des Völkerbundes aus.

Der Kampf gegen die deutschen Vorschläge.

Die „Abwehrfront".

Vorzeitige Prophezeiungen über das Kabinett Cuno.

EP Paris, 30. April.

Die Aussichten für die Veröffentlichung der deutschen Vorschläge im Ruhrkonflikt haben in der Abendpresse nicht nur Pessimismus, sondern auch Mißtrauen hervorgerufen. Der „Temps" erklärt, daß der Reichskanzler sich über die Ablehnung seiner Vorschläge keiner Illusion hingeben könne. Er veröffentliche sie aber gleichwohl in der Meinung, Frankreich in einen ungünstigen Konflikt zu versetzen. Seine Hoffnung werde aber wohl enttäuscht werden, denn es sei noch der Veröffentlichung der deutschen Vorschläge eher ein Sturz des Kabinetts Cuno zu befürchten, als ein Abschwenken Englands auf die Seite Deutschlands. Die Mißstimmung des „Temps" macht sich auch nach anderer Seite Luft. „Daily Telegraph" erklärt, wenn der Ruin Deutschlands Frankreich nichts einbringen würde, so sei es entschieden, daß der Ruin Deutschlands aber England zugute käme, welches Deutschland gegenwärtig mit Kohlen und Koks versehe. Schließlich folgt noch eine Drohung an die Türkei: Deutschland sollte wegen der französischen Schwierigkeiten in Syrien nicht auf ein Nachlassen des französischen Druckes an der Ruhr spekulieren. Wenn Frankreich in Syrien bedroht würde, so würde es gezwungen sein, seine Truppen im Ruhrgebiet stehen, um sie in Syrien halb zu verwenden haben. Die Türkei werde dadurch nur einen Vorwand für die Besetzung von Gallipoli schaffen.

„Liberté" warnt vor einem sieglosen Frieden, weil dadurch alle Anstrengungen an der Ruhr vergeblich gewesen wären. Es handle sich darum, ein wenig auszuharren und des Sieges gewiß zu sein.

*

EP London, 30. April.

Alle englischen Morgenblätter lassen sich in übereinstimmender Weise von ihren Berliner Korrespondenten melden, daß die deutsche Regierung am nächsten Mittwoch eine Note über die Reparationsfrage an alle alliierten Regierungen einschließlich Amerika senden wird. Gleichzeitig melden die Blätter aus Paris, daß die französische Regierung entschlossen sei, die Note von vornherein abzulehnen, da man sie als ein diplomatisches Manöver betrachtet, das nur bezwecke, England und Amerika auf die Seite Deutschlands zu bringen. Die „Westminster Gazette" schreibt, daß die deutsche Note noch in dieser Woche in Paris verlacht werde. Frankreich wolle weder etwas von einer internationalen Kommission, noch von einer Konferenz, noch von einer Revision des Londoner Zahlungsplanes wissen. In französischen politischen Kreisen erkläre man, daß Deutschland damit beginnen müsse, irgend welche Zahlungen zu leisten, und erst nachdem es seinen Willen bewiesen habe, an eine Reduktion der Reparationsschulden gedacht werden könne. Für Deutschland könne dies leicht zum Sturz des Kabinetts Cuno führen, und es sei schwierig, zu sagen, was dann aus dem Konflikt der Kräfte werde, der in Deutschland durch eine Regierungskrise hervorgerufen werde.

„Daily Telegraph" meint, daß die französische Regierung sich hüten werde, die deutsche Note sofort abzulehnen, um sich nicht den Anschein zu geben, von vornherein für die Ablehnung der deutschen Vorschläge entschlossen gewesen zu sein. Nach der Meinung der „Morning Post" werde es für Deutschland günstig sein, wenn es seine Vorschläge mit dem Befehl verbände, den passiven Widerstand an der Ruhr aufzugeben und die rheinische Bevölkerung von ihrer Pflicht zu entbinden, den Besatzungsbehörden Widerstand zu leisten.

„Die deutsche Ausdauer ist noch nicht erschöpft."

EP London, 30. April.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" mitteilt, ist eine Reihe von unabhängigen englischen Beobachtern mit Bezug auf den Ruhrkonflikt zu nachstehenden Folgerungen gekommen, die sie der englischen Regierung mitgeteilt haben: Das Betragen der französischen Truppen gegenüber der Zivilbevölkerung, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, ist im allgemeinen vorbildlich (!) gewesen. Die Massenausweisungen von deutschen Beamten und deren Familien geschehen meist durch die Zivil- und nicht durch die Militärbehörden und wären durch die feindseligen Sabotageakte der Bevölkerung veranlaßt. (!) Die Disziplin der Bevölkerung gegenüber den Befehlen der Berliner Regierung sei bemerkenswert. Die Zahl der Deutschen, die freiwillig in französisch-belgische Dienste getreten sind, ist verschwindend gering. Dagegen gibt es Privatfirmen, die die Besetzungsbehörden einladen, ihr Eigentum zu beschlagnahmen, um nachher eine Gelegenheit zu haben, von der deutschen Regierung einen Schadensersatz im doppelten Werte zu fordern. Die Kohlen- und Koksendungen nach Frankreich und Belgien entsprechen gegenwärtig etwa 30 Prozent dessen, was die Deutschen vor der Besetzung an die Alliierten ablieferten. Die gegenwärtig ausgeführten Mengen würden kaum erhöht werden können, weil es Frankreich an technischem Personal und an Arbeitskräften fehle. Wenn übrigens die Koks- und Kohlensenden abgezogen sein werden, ist es ungewiß, ob neue Vorräte geschafft werden können. Die tägliche Sendung von 700 Proviantwagen aus dem unbesetzten Deutschland nach der Ruhr sowie die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung sind für Deutschland eine schwere Last. Wenn Deutschland die Hilfe für die Ruhr einstellen würde, wäre Frankreich gezwungen, für die Ausgaben aufzukommen, die es wahrscheinlich sehr kostspielig finden würde. Obwohl Deutschland eine größere Last zu tragen hat als Frankreich und dieses länger aushalten kann, muß das gesagt werden, daß die deutsche Ausdauer noch nicht erschöpft ist. Die Fortsetzung des Kampfes muß ohne Zweifel zum Ruin Deutschlands führen, ohne daß aber dieser Ruin Frankreich Gewinn einbringen würde.

Deutsche Luftfahrt — Frankreichs Angst.

Seit 1919 hat die französische Luftfahrt [illegible] 2 Milliarden Francs gekostet. Bis 1926, [illegible] Zeit also, zu welcher die Motoren aus Kriegsbeständen unbrauchbar geworden werden und durch neue haben ergänzt werden müssen, die neue Preise kosten, werden Kosten für die militärische, zivile, Marine- Kolonialluftfahrt 1 Milliarde Francs pro [illegible] übersteigen. Das bedeutet, daß allein die [illegible] fahrt für das Land kostspieliger sein wird, die Gesamtarmee im Jahre 1910.

Diese Angaben entstammen nicht etwa einem deutschen Pazifisten, der gegen die Ungeheuerlichkeit der französischen Luftrüstungen Propaganda machen will, sondern dienen dem „Echo de Paris" zur Begründung der ihm eingeleiteten Aktion gegen die deutsche Luftfahrt. Auf jeden, der nicht hirnverbrannt ist und [illegible] des Geistes derer vom „Echo de Paris" und der französischen Regierung (die jene Kampagne des „Echo de Paris" gegen die deutsche Luftfahrt traglos in die Wege geleitet hat), muß diese Berechnung höchst bedenklich wirken, denn sie zeigt, welche Unsummen von dem über seine Not so laut klagenden Frankreich für eine Luftfahrt vergeudet werden, die in ihrer absoluten Mehrheit nicht friedlich-technisch-kulturellen Zwecken dient, sondern dem künftigen Kriege — dem Massenmord.

Wenngleich es hinauswill, erklärt das „Echo de Paris" aber im gleichen Artikel sehr drastisch:

„Die energische Pfänderpolitik Poincarés gibt uns eine Gelegenheit, die sich vielleicht niemals wieder bieten wird: die Gefahr der deutschen Luftfahrt zu beseitigen."

Während also Frankreich 5000 wolfenstarrende Flugzeuge und eine im sogenannten Frieden „verbesserte" Gas-Technik für Flugzeugbomben besitzt, gilt es der Gesellschaft des „Echo de Paris" und Poincarés, den paar Dutzend deutscher Verkehrsflugzeugen den Garaus zu machen. Jenen Verkehrsflugzeugen, die dem internationalen Verkehr dienen sollen und die, wie jeder, der nur eine Ahnung vom Flugzeugbau hat, weiß, nie und nimmer zu Kriegsflugzeugen gebraucht werden können.

Nachdem das Pariser Hetzblatt eine Art Volksabstimmung über die Belassung der deutschen Luftfahrt propagiert und sich von allen möglichen Chauvinisten Atteste über die Gefährlichkeit der deutschen Luftfahrt hatte ausstellen lassen, sprach kürzlich bei Poincaré eine Abordnung jener französischen Nationalisten vor, an deren Spitze sich der Chefredakteur des „Echo de Paris", Henry Simond, ferner der General Duval, der Abgeordnete Franc u. a. befanden. Diese Abordnung verlangte, daß die provisorische Bestimmung des Londoner Ultimatums, wonach Deutschland der Bau von Flugzeugen bis zum 1. Mai 1922 untersagt war, wiederum in Kraft trete ... die Abordnung behauptete, 4 Millionen Unterschriften zu besitzen.

Wir werden also in nächster Zeit weitere französische Aktionen gegen die deutsche Luftfahrt zu erwarten haben. Neben nationalistisch-chauvinistischen Gründen scheint es besonders auch Geschäftsneid zu sein, der jene Bewegung schürt. Als einen der lautesten Schreier finden wir André Michelin, den französischen Gummiindustriellen, der bis 1914 in Deutschland seine Erzeugnisse zu verkaufen beliebte und immer gern das deutsche Geld nahm. Nun kauft niemand in Deutschland mehr Herrn Michelin seine Pneus ab, und er muß sehen, wie im Gegenteil die deutsche Gummiindustrie sich wieder den Weltmarkt erobert, wie deutsche Markenfabrikate wie Continental, Peters Union u. a. seinen Erzeugnissen längst

Deutsche U-Boot-Grausamkeiten vor dem Unterhaus.

London, 30. April.

Auf die Frage des Arbeitermitgliedes Trevelyan im Unterhaus, aus welchen Gründen einigen deutschen Damen, die eingeladen worden waren, aus dem Ruhrgebiet nach England zu kommen, um über die Verhältnisse im neubesetzten Gebiet Mitteilung zu machen, das englische Visum verweigert worden sei, erklärte der Minister des Innern, er habe entschieden, daß es gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht wünschenswert sei, diese Damen nach England zu senden.

Das Arbeitermitglied Morel richtete eine Anfrage an die Regierung wegen der Rede des amerikanischen Admirals Sims, wonach die Presseberichte über angebliche von deutschen U-Bootenbegangene Grausamkeiten nichts als Propaganda gewesen seien. Monsell erwiderte für die Regierung, volle Information mit dazu auf Grausamkeiten, die von deutschen U-Bootkommandanten verübt worden seien, sei in Übereinstimmung mit dem Friedensvertrag von der alliierten Unterkommission im August 1919 gegeben worden, und er könne nicht die Behauptung anerkennen, daß dies nur Propaganda war. Andererseits hätten sich zahlreiche deutsche U-Bootsoffiziere mit so viel Menschlichkeit wie möglich benommen im Rahmen des ihnen erteilten allgemeinen Befehls, Kauffahrteischiffe auf Sicht und ohne Warnung zu versenken.

Vergebliche Arbeit.

Paris, 30. April.

Havas erfährt, daß am 5. Mai in Paris der Nationale französische Friedenskongreß eröffnet wird. Auf der Tagesordnung stehen: Die Reparationen, die Besetzung des Ruhrgebiets und die französisch-deutschen Beziehungen, der Friede im Orient und die französisch-englischen Beziehungen, Finanzlage und Teuerung in Frankreich, Kriegsnachwehen, gegenwärtiger Stand des Völkerbundes, Gewerkschaftswesen, Parlamentswahlen, Frieden usw. Von den Referenten und Rednern werden genannt: Professor Richet von der Akademie der Wissenschaften, die Professoren Duguit und Scelle, der Generalberichterstatter der Finanzkommission der Kammer, Abg. Botanowski, sowie die ehemaligen Abgeordneten Le Foyer und Dr. Doizy.

Der Dollar
im gestrigen Abendverkehr
32000—33000
Schlußkurs der Mark in New-York
0,0031 1/16
Hiesige Parität 31850.

HEIMLICHT

„heimlicht und heimmusik"

W. 8 FRIEDRICHSTR. 175 · UNTER DEN LINDEN 19 · W. 15 KURFÜRSTENDAMM 94

Photo Kino Phonographen

HEIMMUSIK